

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn das Jahr schon drei Wochen alt ist, möchte ich Ihnen und Euch ein gutes neues Jahr, Gesundheit und Erfolg wünschen. Mit der Kommunal- und Europawahl am 7. Juni und der Bundestagswahl am 27. September stehen für uns in diesem Jahr wichtige Wahlen an, für deren Erfolg wir kämpfen werden. Der Wahlausgang in Hessen sollte uns nicht entmutigen. Das hessische Ergebnis hat seine landesspezifischen Gründe. Ich sehe uns gut gerüstet für die bevorstehenden Wahlen. Ich bin bereit für engagierte Wahlkämpfe und werde um jede Stimme kämpfen.

Unserem Ziel, für **faire Löhne** und gute Arbeit zu sorgen, sind wir diese Woche in Berlin einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Am Donnerstag verabschiedete der Bundestag nach langen und zähen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner in zweiter und dritter Lesung die notwendigen Änderungen im **Arbeitnehmerentsendegesetz** und im **Mindestarbeitsbedingungengesetz**. Damit ist der Weg frei zu fairen Löhnen für weitere rund 1,8 Millionen Arbeitnehmer. Mit der Pflegebranche, den industriellen Großwäschereien, dem Wach- und Sicherheitsgewerbe, der Abfallwirtschaft, den Bergbauspezialdiensten und der Weiterbildungsbranche werden nun wichtige Branchen in das Entsendegesetz aufgenommen. Mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz kann nun auch in den neu aufgenommenen Branchen ein Mindestlohtarifvertrag auf alle Unternehmen dieser Branche erstreckt werden – er gilt also für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Berlin-Brief, Ausgabe 49
23. Januar 2008

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/09KW04.pdf>

Aktuelle Pressemitteilungen

Mindestlöhne verabschiedet – nun für 2,8 Mio. Beschäftigte (23.01.2008)

http://juratovic.de/presse_det/306

Meine Termine

1. Prunksitzung des Gundelsheimer Carneval-Vereins

23.01.2009, 19 Uhr

Gundelsheim, Deutschmeisterhalle

Winterwanderung des SPD-Ortsvereins Schwaigern

24.01.2009, 14 Uhr

Treff Parkplatz zw. Schwaigern & Neipperg

2. Prunksitzung der Faschingsgesellschaft Bad Wimpfen

24.01.2009, 20 Uhr

Kursaal Bad Wimpfen

Politisches Neujahrsfrühstück der Junioren des Handwerks

25.01.2009, 10.30 Uhr

Haus des Handwerks, Zunftsaal

125 Jahre Chorverband Heilbronn 1884

25.01.2009, 17.30 Uhr

Heilbronn, Harmonie

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de



Bezüglich der **Zeitarbeitsbranche** hat der Koalitionsausschuss eine Sonderregelung vereinbart, die den von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Leiharbeitern einen Schutz vor Lohndumping garantiert. Dieser Kompromiss war notwendig, da sich die Union kategorisch weigerte, die Zeitarbeit ins Entsendegesetz aufzunehmen. Wir haben nun durchgesetzt, dass eine Lohnuntergrenze über eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) etabliert wird. Dies erfolgt über eine Verordnung der Bundesregierung auf Vorschlag des Bundesarbeitsministers.

Wir haben beim Mindestlohn nun einen Kompromiss erreicht. Ziel bleibt aber ein **flächendeckender Mindestlohn**, wie ihn die meisten europäischen Länder bereits haben. Doch ich bin froh, dass wir trotz der Widerstände aus der Union nun für rund drei Millionen Menschen die Lebenssituation verbessern können.

Am Mittwoch diskutierten wir im Bundestag über das Thema **Patientenverfügung**. Im Frühjahr wird der Bundestag darüber entscheiden, wie eine verbindliche Patientenverfügung geregelt werden kann. Mit Patientenverfügungen können Menschen vorab festlegen, wie sie im Fall einer schwerwiegenden Erkrankung medizinisch behandelt werden sollen. Dies ist insbesondere für den Fall gedacht, wenn sich der Patient nicht mehr selber äußern kann. Die Verfügungen können vorgeben, ob Ärzte alle Möglichkeiten moderner Medizin zum Lebenserhalt ausschöpfen sollen, oder ob sie auf lebensverlängernde Maßnahmen verzichten sollen.

Umstritten ist momentan die Rechtsverbindlichkeit solcher Patientenverfügungen. Kritiker meinen, dass vorab unterschriebene Verfügungen keinen Aussagegehalt über die Meinung des Betroffenen im konkreten Krankheitsfall haben. Wir stellen uns mehreren Fragen: Wie weit geht die Autonomie des Einzelnen? Gelten Patientenverfügungen immer oder nur für die Todesphase? Braucht es eine schriftliche Festlegung? – Uns liegen hierzu drei Gesetzesentwürfe vor, die jeweils überfraktionell sind. Die Abstimmung wird dann auch ohne Vorgaben der Fraktionen ablaufen. Für nähere Informationen habe ich dem Berlin-Brief ein kurzes Informationsblatt zu den drei Gesetzesentwürfen beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen